



An den
Vorsitzenden des Rates

Herrn Oberbürgermeister
Jürgen Roters

Eingang beim Amt des Oberbürgermeisters: 01.02.2013

AN/0176/2013

Anfrage gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Rat	05.02.2013

Archäologische Zone / Jüdisches Museum

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Roters,

die CDU-Fraktion bittet Sie, folgende Anfrage auf die Tagesordnung der Sitzung des Rates am 05.02.2013 zu setzen:

Der Rat der Stadt Köln hat in seiner Sitzung im Juni 2011 – gegen die Stimmen der CDU-Fraktion – die Errichtung der Archäologischen Zone und des Jüdischen Museums auf dem Rathausplatz beschlossen. Im Dezember 2012 beschloss er, die Ausstellungsplanung und den Betrieb dem Landschaftsverband Rheinland zu übertragen – ebenfalls gegen die Stimmen der CDU-Fraktion.

Vor dem Hintergrund verschiedener äußerst kritischer Presseberichte in den vergangenen Wochen bittet die CDU-Fraktion die Verwaltung, die folgenden Fragen zu beantworten:

1. Wie haben sich die Bau- bzw. Betriebskosten für die Archäologische Zone und das Jüdische Museum seit dem 2006 gefassten Grundsatzbeschluss bis heute entwickelt und in welchem Umfang fließen externe Fördermittel (getrennte Darstellung nach Archäologischer Zone und Jüdischem Museum)?
2. Welche Kosten wurden für die Grabungen veranschlagt, wie hoch sind die bis dato tatsächlich entstandenen Kosten und welche weiteren Kosten werden bis zum Abschluss der Grabungen voraussichtlich entstehen?

3. Laut Zuwendungsbescheid der Bezirksregierung Köln für die Archäologische Zone Köln vom Dezember 2011 ist die Maßnahme „bis zum 31.12.2013 durchzuführen“. Droht bei einer nicht fristgerechten Fertigstellung eine Rückzahlung der Fördermittel?
4. Wie lautet das Ergebnis der Verhandlungen zwischen der Stadt Köln und dem LVR hinsichtlich der Federführung für die Museumskonzeption und den Befund?
5. Hat die Stadt alle mit den beiden Bescheiden der Bezirksregierungen ergangenen Auflagen erfüllt? Wenn nein, welche nicht und welche Konsequenzen ergeben sich daraus?
6. Warum bittet Oberbürgermeister Jürgen Roters den LVR am 21. Januar 2013, von den „Forderungen nach sofortiger Federführung des LVR für Befund und Konzeption sowie der sofortigen Einrichtung eines Lenkungskreises Verwaltung Abstand“ zu nehmen, statt sich vor dem im Dezember 2012 gefassten Ratsbeschluss, die Ausstellungsplanung und den Betrieb auf den LVR zu übertragen, zu Wort zu melden und eine Vereinbarung herbeizuführen, die die städtischen Interessen berücksichtigt?

Mit freundlichen Grüßen

gez. Stefan Götz
Fraktionsgeschäftsführer